

Archiv

Vertrag des Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

10. OKT. 1962

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/206

Bonn, den 10. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Deutsche Gemeinschaftsaufgaben

63

Zum Berlin-Treffen der Sozialdemokratie

Von Erich Ollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 4

Die grosse Enttäuschung

86

Nach der Regierungserklärung

5

Feste Staatsführung?

90

Die innere Schwäche des vierten Kabinetts Adenauer

6 - 7

Hamburgs Schritt in die Zukunft

76

Vom Tor zur Welt zum Hafer der Superlative

Von Rudolf Hornig

Chefredakteur Günter Markscheffel

Deutsche Gemeinschaftsaufgaben

Zum Berlin-Treffen der Sozialdemokratie

Von Erich Cillerhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In der Zeit vom 17. bis 21. Oktober 1962 wird die Deutsche Sozialdemokratie in Berlin durch eine Reihe von Veranstaltungen erneut unter Beweis stellen, daß sie unablässig bemüht ist, die großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken.

- \* Wir Sozialdemokraten haben Berlin zum Ort unserer Tagung
- \* gewählt, weil wir dadurch der ganzen Welt sagen wollen,
- \* daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist und bleibt.
- \* Wir wollen aber auch zum Ausdruck bringen, wie groß un-
- \* ser Vertrauen in die Standfestigkeit der Berliner Bevöl-
- \* kerung in dieser schweren Zeit gegenüber allen Bedräng-
- \* nissen der totalitären Macht des Ostens ist.

In mehreren Arbeitstagungen werden deutsche und ausländische Wissenschaftler von Namen und Rang die Probleme der Volksgesundheit, der Bildung, der Sorge um den älteren Menschen und schließlich der Erneuerung unserer Gemeinden, Städte und Dörfer in Referaten und Diskussionen darstellen. Sie werden den zahlreichen Abgeordneten und vielen anderen Teilnehmern am Berlin-Treffen der SPD neue Argumente für ihre Arbeit in den Parlamenten geben und dadurch das gesamte öffentliche Leben im Sinne unserer Zielsetzung in Bewegung bringen.

Das deutsche Volk weiß, daß ihm wenig gedient ist, wenn seine großen Gemeinschaftsaufgaben fast immer nur hinter verschlossenen Türen erörtert werden. Bei den in Berlin zur Diskussion stehenden Themen handelt es sich nach unserer Auffassung nicht ausschließlich um sogenannte Expertenfragen, sondern um die Elemente der Existenz einer modernen und fortschrittlichen Gesellschaft.

Unser Volk hat nach dem zweiten Weltkrieg mit Tatkraft und Mut die materiellen Trümmer einer schrecklichen Vergangenheit beseitigt; es hat dort, wo es frei handeln konnte, neues Leben aus den Ruinen erstehen lassen. Trotzdem bleibt noch viel zu tun.

- \* Wir müssen alle gemeinsam dafür sorgen, daß die Früchte dieser Arbeit g e r e c h t verteilt werden, daß wir eine soziale Ordnung schaffen, in der sich j e d e r wohlfühlen kann.

Wir wissen, wie unzulänglich die bisherigen Gesetze für die Erreichung eines solchen Zieles sind, und wir wissen auch, wieviele Gemeinschaftsaufgaben noch gelöst werden müssen.

Die Bewältigung dieser Aufgaben, über die wir in Berlin sprechen werden, kann gewiss nicht nur das Werk einer Partei sein. Wir sind überzeugt, daß viele rechtschaffene und einsichtige Menschen in unserem Volk nur auf den Ruf zum Mithelfen warten und daß sie nicht abseits stehen wollen, wenn es darum geht, unser Deutschland zu einem wahrhaft sozialen Rechtsstaat zu gestalten.

Der Ruf zur Mitarbeit an diesem großen Werk wird aus Berlin kommen; er wird über die Mauer dringen und in der Bundesrepublik sein Echo finden.

- \* Das Berlin-Treffen der Deutschen Sozialdemokratie ist eine friedliche Offensive gegen die Hemmung des Fortschritts und der Freiheit, in welcher Form sich diese Hemmung auch immer zeigen mag. Sie richtet sich ebenso gegen die Gedankenlosigkeit der Satten wie gegen jene, die nun schon zum Überdruß behaupten, in der Bundesrepublik werde nicht um den Fortschritt gekämpft.

Sozialer Fortschritt und Freiheit sind die Fundamente der demokratischen Staatsordnung. Diese Fundamente zu festigen und sie immer weiter auszubauen, hat sich die Sozialdemokratie zum Ziel gesetzt. Von Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, deren Bevölkerung trotz eines jahrelangen brutalen Druckes, trotz täglicher Bedrohung den Sinn für die Gemeinschaftsaufgaben der Nation bewahrt hat, wird der Ruf zur Gestaltung eines neuen Abschnitts der modernen deutschen Geschichte nicht ungehört verhallen.

## Die grosse Enttäuschung

### Nach der Regierungserklärung

sp - Gut drei Wochen war der Bundeskanzler in Cadenaccio. Fünf Minister und viele andere Mitarbeiter besuchten ihn, um - wie es hiess - "die bedeutsame Regierungserklärung" vorbereiten zu helfen. Mit Recht war daher die deutsche und internationale Öffentlichkeit gespannt, was der Kanzler wohl Neues zu sagen hätte, zumal auch unter der Hand die Nachricht verbreitet worden war, Dr. Adenauer werde wieder "in alter Feindschaft" das Regierungssteuerrad in die Hand nehmen. Umso grösser war am Dienstag im Bundestag die Enttäuschung, als Freunde und Gegner des Kanzlers feststellen mussten, falscher Nachrichten oder einer Illusion zum Opfer gefallen zu sein.

Schon die Atmosphäre des mit Spannung erwarteten Kanzlerauftritts wirkte deprimierend. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde Dr. Adenauer vor Beginn einer Regierungserklärung von seinen eigenen Parteifreunden nicht einmal mit Beifall begrüsst. Auch die vermeintlichen Höhepunkte seiner 41 Minuten dauernden Rede wurden nur gelegentlich durch einen Mitleidsbeifall aus den Reihen der CDU/CSU unterstrichen. Als sich Dr. Adenauer die letzten Sätze mühsam abspulte, gab es auch nur spärlichen Klatschen. Etwas verdäfft blickte der Kanzler zu seinen Getreuen.

Später hörte man in den Wandelgängen des Bundestages CDU und CSU abgeordnete von einer "dürftigen Leistung" sprechen: die FDP kühlte sich in peinliches Schweigen und bei der SPD herrschte die Meinung vor: "Man kann von dem alten Herrn kaum noch mehr erwarten."

Man ist tatsächlich etwas verlegen, wenn man die innen- und aussenpolitischen Gemeinplätze dieser Kanzler-Erklärung interpretieren soll. Immerhin ist Dr. Adenauer noch Bundeskanzler und selbst wenn man ihn als politischen Gegner betrachtet, wünschte man doch in seinen Reden etwas mehr Substanz. Schliesslich hat das deutsche Volk einen Anspruch darauf, von dem Chef der Regierung zu hören, wie er sich die Lösung der grossen innen- und aussenpolitischen Aufgaben vorstellt.

U n n e n p o l i t i s c h erging sich Dr. Adenauer in Wiederholungen und Ermahnungen, deren Bedeutung nicht dadurch grösser wird, dass sie diesmal von ihm selbst und nicht von einem seiner Minister ausgesprochen wurden. Dass Währung und Wirtschaft stabil und krisenfest bleiben sollen, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Vom Regierungschef hätte man erwarten dürfen, dass er sagte, wie er dieses Ziel zu erreichen gedenke.

Die E u r o p a -Politik der Regierung blieb nebelhaft. Wir geben zu, dass es für Dr. Adenauer nicht einfach ist, nach dem Sturz der Regierung Pompidou sein Zwiegespräch mit Staatspräsident de Gaulle zur Grundlage neuer europäischer Perspektiven zu machen. Aber nur zu sagen, man wünsche den Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zur EWG einen vollen Erfolg, ist wohl doch etwas zu billig. Schliesslich kommt es nicht auf die Wünsche an, die sicher jeder Europäer mit dem Bundeskanzler gemeinsam hat, sondern auf das, was die Wege, die möglicherweise zu einem Erfolg führen könnte.

In dieser Frage hat der Bundeskanzler in den vergangenen Wochen selbst eine ausgiebige Vernebelungspolitik betrieben; es hätte ihm da- für gut angestanden, in seiner gestrigen Regierungserklärung wenigstens einen Versuch zur Lichtung des Nebels zu machen.

Die D e u t s c h l a n d -Politik und die grosse B e r l i n -Problematik kamen in dieser Regierungserklärung ebenfalls zu kurz. Dass die Kommunisten keine feinen Leute sind, weiss wohl inzwischen jeder im Westen. Dass sie, mit der Sowjetunion im Hintergrund, ein Machtfaktor sind, ist auch bekannt. Aber ein Satz, wie etwa, man könne ein gutes Verhältnis zu Moskau finden, wenn die Herren im Kreml endlich ihre Ziele aufgeben, passt angesichts der weltweiten Ost-West-Stimmungen so ungefähr in die aussenpolitischen Betrachtungen eines Karnes, der die Weltgeschichte als Zaungast betrachtet.

Niemand hat vom Bundeskanzler erwartet, dass er von der Tribüne des Bundestages etwas grundsätzlich Neues verkünde, da ja schliesslich jeder weiss, dass die grossen Entscheidungen - auch und besonders über unser Schicksal - im Kräftemessen des vereinten Westens mit dem Osten fallen. Aber mehr oder weniger deutlich zu sagen, man halte jede deutsche Initiative in Richtung auf eine Entspannungspolitik zwischen Ost und West für Unsinn, führt uns genau an den Punkt, an dem unsere stärksten Verbündeten, die Vereinigten Staaten, ungemütlich werden. Gerade in den USA - das weiss jeder, der in diesen Wochen mit amerikanischen Politikern gesprochen hat - erwartet man von uns m e h r als den Hinweis auf die deutsch-amerikanische Freundschaft.

So bleibt denn in dieser schwierigen Situation unseres Volkes der Eindruck, dass die Regierung, und an der Spitze ihr Chef Adenauer, weiterhin auf der Stelle treten. Natürlich kann man das auch "Politik" nennen, denn der Versuch der Bewahrung einer bewunderungswürdigen volkswirtschaftlichen Leistung unseres Volkes in der Bundesrepublik ist zweifellos vieler Anstrengungen wert.

Aber die Welt bleibt bekanntlich nicht stehen. Jeden Tag stellen sich uns neue Probleme, die gelöst werden müssen. Auch in anderen Ländern in- und ausserhalb Europas tut sich einiges, sowohl innen- wie aussenpolitisch. Es wird nach neuen Lösungen gesucht, die besten Geister anderer Völker ringen miteinander, um das Rad der Geschichte so weiterzudrehen, dass es uns nicht alle zermalmt. Bei uns hat der Regierungschef nichts anderes zu bieten, als ein Sammelaarium von Rezepten, deren Wirksamkeit von Tag zu Tag fragwürdiger wird. Das ist beschränkend, weniger für den Bundeskanzler, der ein alter Mann ist, als vielmehr für jene, die ihn nach wie vor stützen und so tun, als erschöpfe sich die deutsche Politik in der Wiederholung von Gemeinplätzen.

### Feste Staatsführung?

sp - Schweigend hörte sich der Koalitionspartner der CDU/CSU, die FDP, die mit so viel Vorschusslorbeeren angekündigte Regierungserklärung Dr. Adenauers an. Was ist von dem Koalitionsabkommen, das die Grundlage einer Zusammenarbeit der Regierungsparteien sein sollte, noch übrig geblieben? Es ist zu einem Fetzen Papier geworden. Was blieb von den bescheidenen ausserpolitischen Vorschlägen der FDP über eine im Rahmen der gegenwärtigen Verträge sich entfaltende deutsche Politik - etwa in Fragen der Beziehungen zu osteuropäischen Ländern - übrig? Adenauers zweite Regierungserklärung ist, so gesehen, ein Schritt rückwärts. Für ihn gibt es keine Entfaltung eigener deutscher Initiative, und für jene, die sich aus wohlüberlegten Gründen darüber Gedanken machen, hat er nur Spott und Hohn.

Das erste Jahr des vierten Kabinetts Adenauer bot ein erbsarmungswürdiges Bild von der Richtungslosigkeit deutscher Politik, und dies auf allen Gebieten. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik liess die Regierung die Dinge einfach treiben. Der Bundeskanzler fand bewegende Worte für die Räte der Bauparier, und seine Klage über die grenzenlose Grundstückspekulation mit all ihren die ganze Wirtschaft zersetzenden Folgen war nur zu berechtigt - aber so muss sich wohl der erstaunte Bundesbürger fragen, warum liess es die Regierung überhaupt erst so weit kommen? Hunderttausende von Bauparierern sehen sich heute um ihre Erwartungen betrogen; an ihnen wurde durch das Steigen der Baukosten beinahe ein Akt der Enteignung vollzogen.

Adenauer sprach davon, die Bundesregierung werde nun mit aller Kraft ihr Stabilisierungsprogramm fortsetzen. Wiederum fragt sich der Bundesbürger, welche es Programm soll denn eigentlich fortgesetzt werden? Bisher hat es Bemühungen in der Richtung einer Stabilisierung gar nicht gegeben, und es können sie auch nicht geben, weil der eine Partner Hott schrie, und der andere ein Hüh verlangte.

Der gleiche Bundeskanzler bedauerte das Verhalten der Sozialpartner, die sich nach seiner Meinung gleicherweise schuldig machten an dem Unheiligen, das wir in Wirtschaft und Politik zu verzeichnen haben. Was hat denn die Bundesregierung in diesem abgelaufenen Jahr getan und veranlasst, um in der Deutschen Innenpolitik ein Klima herbeizuführen, das eine Versackelung der Diskussion ermöglicht hätte? Man wird vergeblich nach solchen Bemühungen suchen. Stattdessen versuchten wiederum Teile der Regierungskoalition in unserem Volke eine antigewerkschaftliche Grundstimmung zu erwecken, die sich vergiftend auswirken musste.

Dem Bundeskanzler als gewiegtem Taktiker ist die sich ausbreitende Unruhe in unserem Volke nicht unbekannt geblieben. Dieses Volk spürt, dass wir vor entscheidenden neuen Kapiteln deutscher Politik - und dies im weitesten Sinne des Wortes - stehen. Dazu bedarf es einer kraftvollen, ihrer Seele bewussten und sie mit Hartnäckigkeit verfolgenden Führung. Eine solche Führung haben wir leider nicht. Diese Regierung leidet an Auszehrung und innerer Schwäche. Sie ist nicht in der Lage, die Dinge wieder in den Griff zu bekommen. Die Frage der Nachfolgerschaft überschattet alle anderen Erwägungen und verzehrt Energien, die auf lebenswichtigen Gebieten besser gebraucht würden. Die beharrlichen Kräfte der Vorgangenseit, die in die neuer Regierung das Übergewicht haben, versperren sich gegen jegliche Impulse für die Zukunft. Wer das bisher nicht glauben wollte, braucht nur in der Regierungserklärung nachzulesen.

## Hamburgs Schritt in die Zukunft

Von Rudolf Horrig

Der 5. Oktober 1962 wird als ein historischer Tag in die neuere Geschichte der Freien und Hansestadt Hamburg eingehen. Der Austausch der Urkunden über den Staatsvertrag zwischen Hamburg und Niedersachsen wegen des Gebietstausches an der Elbemündung sichert Hamburg das Geisende für den Bau eines Vorhafens direkt an der Nordseeküste. Damit kann sich Hamburg vom "Tor zur Welt" zu einem "Hafen der Superlative" entwickeln und damit den Vorsprung der Benelux-Häfen auf dem europäischen Festland einholen. Hamburg hat damit den "Schritt in die Zukunft" getan.

### Wieder Hamburg-Flagge auf Neuwerk

Der Staatsakt zwischen Hamburg und Niedersachsen wurde im "Herronzimmer" des Wehr- und Leuchtturms auf der Watteninsel Neuwerk vollzogen, die der Elbemündung vorgelagert ist. Bei Ebbe kann diese Insel vom Festland mit Wattenkarren erreicht werden. Den Austausch der Urkunden nahmen der Hamburger SPD-Bürgermeister Dr. Nevermann und der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Dr. Diederichs vor. Die Hansestadt erhält durch den Staatsvertrag rund um die Inseln Scharnhörn und Neuwerk ein 9000 Hektar grosses Geisende für ihren Tiefsee-Vorhafen, den Schiffe mit 100.000 t anlaufen können. Niedersachsen erwirbt von Hamburg den grössten Teil seiner Hafenrechte in Cuxhaven, so daß diese Hafenstadt in der Elbemündung zum modernsten deutschen Fischereihafen ausgebaut werden kann. Die Insel Neuwerk war 1937 durch das Gross-Hamburg-Gesetz an Preussen gefallen und wurde nach dem Kriege niedersächsisch. Jetzt kehrt die Insel, jahrhundertlang Vorposten und Wächter des Hamburger Hafens an der Nordsee, wieder unter die Hamburg-Flagge zurück.

### Weltweites Tor zur Welt

Im vorgangenen September wurden im Hamburger Hafen 2,633.000 t Seegeräte umgeschlagen. Das waren um 272.000 t mehr als im August und 70.000 t mehr als im Vorjahresseptember. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres hat der Hamburger Hafenumschlag im Vergleich zur Vorjahreszeit um rund eine Million t zugenommen.

In der letzten Zeit lieferte der Hamburger Hafen eine Reihe treffender Beweise für die Weltweite seines Verkehrs und zugleich für seine Leistungsfähigkeit. So brachte das deutsche Frachtschiff "Stephanitor" mit 15.789 t die bisher grösste Menge Rohphosphat, die auf einmal in Hamburg angelandet wurde. Das Rohphosphat wurde vom Schiff direkt in annähernd 600 Waggon umgeladen und an die österreichischen Stickstoffwerke in Linz abgefertigt. Etwa zur gleichen Zeit brachte der

liberianische Frachter "World Campaigner" 20.421 t Eisenerz nach Hamburg. Von dem für die CSSR bestimmten Eisenerz wurden 4500 t direkt in Elbekähne umgeladen, der Rest wird vom Lager fortlaufend von tschechischen Elbekähnen abgefahren werden.

1961 wurde der Hamburger Hafen von 20.030 Schiffen aus aller Welt angelaufen. Der Güterumschlag erreichte 29,9 Millionen t, wovon 19,2 Millionen t auf den Massengutverkehr und 10,7 Millionen t auf den Stück- und Sackgutverkehr entfielen. Die ausländische Schifffahrt, die 72,4 Prozent der Gesamttonnage repräsentierte, war im Hafen mit 51 Flaggen vertreten.

Hamburg wurde von 255 (1961 : 249) Schifffahrtslinien regelmässig angelaufen. Die Zahl der Verschiffungsmöglichkeiten konnte im monatlichen Durchschnitt auf 734 (718) erhöht werden und hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Ständige Abfahrten nach Amerika gab es 176, nach Afrika 87, nach Asien 97 und nach Australien 16. Damit bietet Hamburg heute im Verkehr mit Afrika und Asien das Dreifache, mit Amerika und Australien mehr als das Doppelte an Abfahrten als vor dem Kriege.

Die Länge der Liegeplätze für Seeschiffe hat im Vorjahr 56,7 km erreicht, das Geleisennetz wurde auf 520 km vergrössert. Hamburg besitzt eine Lagerkapazität für Getreide von 479.000 t und für Mineralöl von rund 3 Millionen cbm. In diesem Jahr wurde der Bau einer neuen zentralen Verteilungsanlage für Export-Sammelgut in Angriff genommen. Dass der meiste in Deutschland getrunken Kaffee über Hamburg eingeführt wird, ist bekannt.

#### Der Blick in die Zukunft

Hamburgs neuer Vorkafen an der Nordsee - mit den Vorarbeiten zu seinem Bau wird bereits im nächsten Jahr begonnen - wird in der Lage sein, die modernsten Schiffe aufzunehmen. Seine Hafenbecken werden unmittelbar an dem 20 m tiefen Nordsee-Schiffahrtsweg der Elbe liegen und so von den Gezeiten unabhängig werden. Passagierschiffe und Fischdampfer werden diesen Hafen nicht benutzen, denn in Cuxhaven wird ausser dem Fischereihafen auch der bisherige Anlegeplatz für Überseeschiffe, das Steubenhöft, ausgebaut werden.

Der Hamburger Vorkafen wird zugleich, wie dies im Hamburger Freihafen der Fall ist, als Industriegebiet ausgebaut. Massengüter sollen an Ort und Stelle verarbeitet werden können. Es wird unter anderem an Hüttenwerke für Erze gedacht. Der Anschluss an das Binnenland erfolgt über einen 200 m breiten Dam, auf dem eine Autobahn, Schienenstränge und eine Pipeline verlaufen werden. Es wird also tatsächlich ein "Hafen der Superlative" geschaffen werden.